

Haushaltsdiskussion 1996 in Rußland: Entschlossenheit zur Fortsetzung der makroökonomischen Stabilisierung?

Hishow, Ognian N.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hishow, O. N. (1995). *Haushaltsdiskussion 1996 in Rußland: Entschlossenheit zur Fortsetzung der makroökonomischen Stabilisierung?* (Aktuelle Analysen / BIOst, 68/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45907>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Haushaltsdiskussion 1996 in Rußland: Entschlossenheit zur Fortsetzung der makroökonomischen Stabilisierung?

Zusammenfassung

Die diesjährige Diskussion um den Haushaltsentwurf 1996 belegt die Schwierigkeit des sozial- und wirtschaftspolitischen Kompromisses, den Regierung und Parlament in Moskau mit der Billigung des Etats finden müssen. Dabei engt der ungünstige makroökonomische Rahmen den Spielraum für die Durchsetzung der Position beider Seiten massiv ein. Das Parlament beklagt die hohen sozialen Kosten des gegenwärtigen finanzpolitischen Austerity-Kurses, da einem relativ ausgeglichenen Haushalt massive Ausgabenkürzungen und eine unterstellte, unrealistisch niedrige Inflationsrate zugrunde liegen. Die Regierung Tschernomyrdin verteidigt die Budgeteckdaten mit stabilitäts- und finanzpolitischen Notwendigkeiten. Diese Eckdaten sollen belegen, daß die Behörden entschlossen sind, auch 1996 eine Politik der fiskalischen Gesundung zu verfolgen. Doch es kann jetzt schon angenommen werden, daß nicht alle gesetzten Ziele verwirklicht werden können: Die Inflationsrate sowie das beabsichtigte Haushaltsdefizit dürften 1996 höher ausfallen als geplant. Es kann allerdings erwartet werden, daß die konzertierten Anstrengungen des Finanzministeriums, der Zentralbank von Rußland und der internationalen Finanzinstitutionen eine Fortsetzung der bereits eingesetzten makroökonomischen Stabilisierung garantieren. Sie ist die Voraussetzung für die erforderliche Überleitung der Volkswirtschaft auf einen Wachstumspfad.

Zum Stand der Diskussion in Rußland

Am 18. Oktober 1995 lehnte die Staatsduma den Haushaltsentwurf der Regierung Tschernomyrdin in erster Lesung mit knapper Mehrheit ab. Das Dokument wurde einem gemeinsamen Ausschuß aus Regierungs- und Parlamentsvertretern zugeleitet, welcher Nachbesserungen erarbeiten soll. Damit wurde der heftige Streit, der bereits während der parlamentarischen Sommerpause in Moskau um den neuen Staatshaushalt entbrannt war, erst einmal beendet.

Anführer der Diskussion in der Duma ist der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Haushalt, Steuern, Banken und Finanzen, Michail Sadornow, und von seiten der Regierung Finanzminister Wladimir Panskow. Sadornow gehört der Jabloko-Fraktion an. Einer ihrer Führer ist der anerkannte und liberal denkende Ökonom Grigorij Jawlinskij. Zu den Kritikern des Haushaltsentwurfs zählen insbesondere der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Duma Sergej Glasjew und z.T. die Agrarfraktion, die eine Aufstockung der Ausgaben für die Landwirtschaft fordert. Gestärkt wurde die Haltung der Kritiker durch ein Gutachten des Rechnungshofs in Moskau, welches den Entwurf als inkonsistent und unzureichend begründet bezeichnet.

Gemeinsam mit dem Finanzminister argumentieren im Parlament und in den Medien sein Stellvertreter Petrow und der russische Wirtschaftsminister Jewgenij Jassin. Bisweilen hat sich auch der Regierungschef in die Debatte eingeschaltet. Tschernomyrdin hat die Haltung des Finanzministeriums etwas abgeschwächt und damit Kompromißbereitschaft angedeutet. Diese Haltung galt bislang als zu starr. Genauso wird allerdings auch die Position Sadornows qualifiziert. Während Sadornow äußerte, daß die Duma den Haushaltsentwurf ohne Nachbesserungen niemals billigen würde, stellte sich Panskow auf den Standpunkt: "Lieber gar kein Haushalt als ein anderer als dieser".

Die Budgetplanung für 1996

Anlaß zu den Meinungsverschiedenheiten geben die von der Regierung prognostizierten Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung 1996, welche dem Haushaltsentwurf zugrunde liegen. Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird 1996 mit 2100 Billionen Rubel angesetzt. Im Vergleich zu 1995 verzeichnet es somit eine Expansion um ca. 35%. Real soll die gesellschaftliche Produktion bei 99 bis 101% ihres 1995er-Standes liegen. Allen Berechnungen ist ein erwarteter jahresdurchschnittlicher Wechselkurs von 5500 Rubel je US-Dollar zugrunde gelegt. Eine ursprüngliche Schätzung, wonach der Rubelkurs 1996 ca. 15% niedriger als im Juli 1995 liegen würde, ist somit korrigiert worden.¹ Bei geschätzten Einnahmen- bzw. Ausgabenvolumina von entsprechend 332 und 414 Billionen Rubel soll das Haushaltsdefizit 81,8 Billionen Rubel betragen. Das sind 3,9% des geplanten BIP-Volumens 1996 nach tatsächlichen 10,9% 1994 und geplanten 7,9% 1995. Letztere Angaben beziehen sich auf den föderalen (Regierungs-) Haushalt, welcher zusammen mit den Haushalten der untergeordneten Gebietskörperschaften (Regionen) den konsolidierten Staatshaushalt² des Landes bildet. Charakteristisch für die örtlichen (regionalen) Haushalte ist, daß sie aufgrund des vertikalen Finanzausgleichs stets mit einem leichten Überschuß abschließen. Er betrug 1994 0,4% und im ersten Quartal 1995 0,3% des BIP. Die notwendigen Transfers vom föderalen zu den regionalen Haushalten betrugen 1994 3,4% des BIP.⁴ Die Haushaltsdefizite tauchen folglich allein im föderalen Budget auf, und um seine Gestaltung dreht sich auch die Diskussion.

Die Prognose der Regierung für die Wirtschaftsentwicklung 1996

Das Finanzministerium geht von einer Fortsetzung der sich bereits abzeichnenden, allgemeinen makro-

¹ Nezavisimaja gazeta, 6.10.1995, S. 1.

² O. Hishow: Rußland: Inflationsbekämpfung durch straffere Geldpolitik zeitigt erste Erfolge, in: Aktuelle Analysen des Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), Nr. 63/1995, S. 4.

³ Obzor konomiki Rossii 1994, Moskau 1994, S. 27.

⁴ Russian Economic Trends 1995, Vol. 4(2), Southampton 1995, S. 19.

ökonomischen Stabilisierung aus. Insbesondere hebt es die rückläufige Inflationsrate hervor, die bereits im IV. Quartal 1995 feststellbar ist. Es wird darauf hingewiesen, daß die im Herbst übliche Beschleunigung der Inflation in diesem Jahr ausgeblieben sei.¹ Daraufhin wurde der Erstellung der wichtigsten Haushaltsparameter eine monatsdurchschnittliche Preissteigerungsrate 1996 von 1,2% zugrunde gelegt.

Sowohl aus innen- als auch aus außenpolitischen Gründen weist die Regierung jedwede Neuberechnung der Haushaltseckwerte mit einer höheren Inflationsrate zurück. Die innenpolitischen Überlegungen beinhalten stabilitäts- und parteipolitische, d.h. auch wahltaktische Aspekte. Da von vornherein ein größeres Ausgaben- als Einnahmenvolumen geplant ist, würde ein prozentual doppelt so großer Index der Inflation den nominalen Ausgabenüberschuß um mindestens 22 Billionen Rubel wachsen lassen.² In der Regel steigen unter den Bedingungen einer hohen Inflation, wie das in Rußland der Fall ist, die nominalen Einnahmen und Ausgaben des Fiskus unterschiedlich schnell. Grund dafür ist die abnehmende Grenzrate der Einnahmen, d.h. die zusätzlichen Einnahmen wachsen langsamer als das zusätzliche BIP. Dies erachtet die Regierung als nicht stabilitätskonform.

Wahltaktisch und parteipolitisch birgt die bewußte Unterschätzung der Inflation im Vergleich zur tatsächlich auftretenden einige Vorteile in sich. Bei einer Gegenüberstellung des budgetären Soll-Defizits mit dem nominalen Ist-BIP erscheint die erzielte Defizitquote rechnerisch geringer als die geplante. Ähnliches gilt für die Soll- und Ist-Ausgabenvolumina. Das bringt Pluspunkte für die Regierung, weil in der Regel die budgetären Ausgaben mit der volkswirtschaftlichen Abgabenquote in Verbindung gebracht werden.³ Die Abgabenquote als Widerspiegelung der finanziellen Belastung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung durch den Fiskus kann angesichts eines größer ausgefallenen nominalen Bruttoinlandsprodukts geringer erscheinen.

Für die Zwecke politisch nützlicher Zwischenabrechnungen der Erfüllung des Haushaltsplans bieten sich solche Vergleiche günstig an. Kürzlich hob der russische Finanzminister hervor, daß in den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres der Haushaltsplan einnahmenseitig bereits zu 86,6% erfüllt worden sei.⁴ Allerdings war im Haushalt 1995 eine viel niedrigere Inflationsrate geplant als die sich tatsächlich abzeichnende - entsprechend 3 und mindestens 6% monatlich.⁵ Weitere Argumente für eine geringe monatliche Inflationsrate im Arsenal der Regierung sind sozialpolitischer Natur. Bei einer höheren Preissteigerungsvariante sieht sich die Regierung nicht in der Lage, die Gehälter im öffentlichen Dienst entsprechend zu indexieren. Auch die Anpassung der Zuwendungen für die Bezieher von Transferleistungen sei nicht durchführbar, da die dafür erforderlichen Mittel in dem entsprechenden Umfang nicht bereitzustellen seien.⁶

Der äußere Aspekt berührt das Verhältnis zu den internationalen Finanzinstitutionen und den ausländischen Gläubigern Rußlands. Hier ist der Spielraum für eine Änderung der Haushaltseckwerte äußerst gering. Jede Neuauflage des Budgetentwurfs bei einer Inflationsprognose in einer Größenordnung von 3 bis 5% monatlich würde das Haushaltsdefizit massiv ansteigen und die gegenwärtig geplanten 4% des BIP bis zu dreimal und mehr übersteigen lassen. Rechnerisch ist das zwar nicht richtig, denn eine höhere Inflationsrate läßt alle betroffenen Größen - BIP, Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit - erst einmal proportional ansteigen. Richtig ist jedoch, daß höhere als die geplanten Preissteigerungen die Möglichkeit der planmäßigen Steuererhebung einschränken, so daß die tatsächlichen Einnahmen des Haushalts hinter den geplanten zurückbleiben. In der Folge ergibt sich eine - in der Regel höhere - Defizitquote. Unter diesen Umständen würden die Verhandlungen sowohl mit dem Internationalen Währungsfonds

¹ Finansovye izvestija, 6.10.1995, S. 1.

² Dieser Berechnung liegen Jahresinflationsindizes von 133% und 166% zugrunde.

³ Die Abgabenquote ist in Rußland wegen der verschiedenen Nebenhaushalte (außerbudgetären Fonds) größer als der BIP-Anteil der Budgeteinnahmen. Dieser ist kleiner als der BIP-Anteil der Budgetausgaben, so daß eine quantitative Gleichsetzung der Aus- und Abgabenquote denkbar ist. (Vgl. Die Wirtschaftliche Lage Rußlands, in: DIW Wochenbericht, 47-48/1994, S. 812, Fußnote 23).

⁴ Segodnja, 14.10.1995, S. 1.

⁵ Rossijskaja gazeta, 7.10.1995, S. 1-2.

⁶ Segodnja, 6.10.1995, S. 1.

(IWF) über neue Kredite als auch mit dem Pariser Club über die Umschuldung der Verbindlichkeiten der russischen Regierung gefährdet sein. Beim Besuch des russischen Finanzministers zur IWF-Jahrestagung Anfang Oktober 1995 in Washington wurde eine Einigung über die Bereitstellung eines Extended Fund Facility-Kredits (EFF) von 11 Milliarden US-Dollar erzielt. Dessen erste Tranche in Höhe von 3 Milliarden Dollar ist bereits in den Haushaltsentwurf 1996 eingegangen. Damit wäre das geplante Haushaltsdefizit rechnerisch zu 20% gedeckt. Die Bedingungen des IWF für diese Kreditvergabe beinhalten eine monatliche Preissteigerungsrate von ca. 1% sowie einen Ausgabenüberschuß von max. 5% des BIP und entsprechen damit ziemlich exakt den Eckwerten des russischen Budgetentwurfs.¹

Kritische Fragen zum Haushalt 1996

Allerdings ist de facto mit einer höheren Inflationsrate als der dem Haushaltsentwurf zugrundeliegenden zu rechnen. Die bisherige Praxis erhärtet eine solche Vermutung: 1995 weisen die Verbraucher- und Erzeugerpreise in Rußland ein höheres Wachstumstempo auf als die Prognoseschätzungen der Regierung, die auch in den Haushaltsdaten Verwendung gefunden haben. Insgesamt kann der Index der monatlichen Inflation 1995 mindestens um ein Drittel höher liegen, als budgetär kalkuliert². Auch das ursprüngliche Ziel einer Nullfinanzierung des Budgetdefizits durch Zentralbankkredite wurde 1995 verfehlt - bis 30. Juni lag ihr Anteil an der Defizitdeckung bei rund 11%.³

Für die Berechnung des nominalen BIP-Volumens 1996 verwendet man einen sogenannten Deflatorindex⁴, dessen Wert mit 135% nur halb so groß ist wie jener 1995. Es handelt sich um eine außerordentlich optimistische Prognose, wie die Erfahrung des Jahres 1995 zeigt. In bezug auf 1994 wird der Ist-Wert des Deflators des Bruttonlandsprodukts in diesem Jahr lediglich um 125% geringer sein anstatt der Soll-Verringerung von 169%.⁵ Zugleich bestätigt diese Schätzung, daß das BIP 1995 real ein annäherndes Null-Wachstum aufweisen wird, daher decken sich die Indizes des Deflators und der Inflation. Genau dasselbe Muster ist für 1996 geplant: Das reale BIP-Wachstum soll ca. 0% betragen, deshalb ist ein BIP-Deflator von 135% und ein Verbraucherpreisindex von 133% einkalkuliert.⁶

Angesichts dieser Überlegungen ist - abgesehen von den fiskalpolitischen Zwängen, die die IWF-Verhandlungen mit sich bringen - nicht ganz klar, warum die Regierung an einer durchschnittlichen monatlichen Inflationsrate von 1 bis 1,2% festhält: Aufs Jahr gerechnet ergibt das eine Preissteigerung von ca. 12,7%, höchstens jedoch 15,4%. Diese Werte sind viel geringer als jene auf der Grundlage des geschätzten BIP-Deflators, mit dem sonst gearbeitet wird. Ferner scheinen viele Haushaltsposten von vornherein aus dem Gleichgewicht zu sein, bzw. eine Finanzierung ist nur aufgrund massiver Kürzungen auf der Ausgabenseite möglich.⁷ Diese und andere Inkonsistenzen zeigen, wie schwer sich die Regierung mit der Konsolidierung des Haushalts 1996 tut. Der Streit um die Steigerungsraten der Preise und die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des BIP-Umfangs mit den diesbezüglichen Zahlenmanipulationen erscheinen daher unverständlich.

Budget und Strukturwandel

Kritiker weisen darauf hin, daß auch dieser Haushalt den bereits spontan eingesetzten, unerwünschten Strukturwandel der russischen Volkswirtschaft festschreibt. Es wird bemängelt, daß dieser Strukturwan-

¹ Izvestija, 10.10.1995, S. 1.

² Finansovye izvestija, 13.10.1995, S. 1.

³ Russian Economic Trends 1995, a.a.O., S. 13.

⁴ Der Deflatorindex diskontiert ex ante das (künftige) Bruttoinlandsprodukt um den zu erwartenden Jahresinflationsindex, womit das zu erwartende reale BIP 1996 ermittelt wird. Der gewöhnliche Deflator stellt dagegen (meistens ex post) lediglich das Verhältnis zwischen dem nominalen und realen BIP eines und desselben Zeitraumes (Jahres) dar.

⁵ Finansovye izvestija, 13.10.1995, S. 1.

⁶ Ebenda. S. 1.

⁷ Finansovye izvestija, 17.10.1995, S. 1.

del das Ende Rußlands als Hochtechnologienation bedeuten könnte, wozu die Haushaltspolitik kräftig beitragen würde. Einige privilegierte kapitalintensive Bereiche - die Erdöl- und Gasindustrie, die Schwarzmetallurgie sowie das Eisenbahnwesen - würden offene und versteckte Steuervergünstigungen genießen. Für die Einnahmefälle 1995 werden insgesamt 46 Unternehmen verantwortlich gemacht.¹ Während ihre ausbleibenden Steuerabführungen in den Haushalt kumulativ immer größer werden - der Finanzminister spricht von 50 Billionen Rubel (ca. 15 Milliarden DM) Mitte Oktober 1995 -, drohen ihnen weder Sanktionen noch Zwangsabführungen. Durch solche indirekten Subventionen sind sie in der Lage, einen Konkurs abzuwenden. Auch die russische Landwirtschaft ist ein Nettobezieher von staatlichen Hilfen, ohne die der Sektor wahrscheinlich zusammenbrechen würde.

Auf der anderen Seite befinden sich die Bereiche, denen die Mittel real massiv gekürzt werden. Dazu gehören die technologieintensiven Industriebereiche, die Verteidigungsindustrie, der Gesundheitsschutz, die Bildung und Forschung sowie die öffentlichen Investitionen. Schließlich wird eine Sondergruppe von Mittelbezieheren ausgemacht, die 1996 real besser gestellt werden. Das sind die Rechts- und Staatsschutzeinrichtungen, die für Außenpolitik und internationale Beziehungen zuständigen Behörden und der Schuldendienst der öffentlichen Hand.² Der Stellenplan der sogenannten Gewaltstrukturen³ sieht eine Erweiterung um 100 000 1996 im Jahre vor. Jetzt schon weist das russische Innenministerium eine größere Mitarbeiterstärke als das Ministerium des Innern der ehemaligen UdSSR auf - eines Landes mit der doppelten Bevölkerungszahl.⁴

Interdependenzen zwischen Finanz- und Geldpolitik sowie Chancen für die Stabilisierung

Die Kritik an dem Etatentwurf konzentriert sich zunehmend auf die wachsende innere und äußere Staatsschuld. Sie erweise sich als ein Hindernis für die Haushaltskonsolidierung und die stabilitätspolitischen Bemühungen der Behörden. Der rasant steigende Schuldendienst werde im Haushaltsplan 1996 mit 46,2%⁵ zum größten Ausgabenposten. Mit über 9,0% des zu erwartenden BIP bedeute er zugleich eine erhebliche Belastung der Volkswirtschaft. Andere Berechnungen sprechen sogar von 14,3%.⁶ Sie sind jedoch mit den offiziellen Angaben zum Schuldendienst nur schwer zu vereinbaren und unterstreichen nur die Unsicherheiten der gegenwärtigen finanzpolitischen Diskussion und Praxis. Beispielsweise beträgt der Schuldendienst im Zentralbudget in der ersten Jahreshälfte 1995 nur 2% des BIP, davon nur 0,8% für die innere Schuld.⁷ Die Ausgaben für den Schuldendienst sind somit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und auch zu 1994 (1,35% und 1,60%) zwar kontinuierlich gestiegen, verzeichnen jedoch keine massiven Sprünge. Dieser Trend wird auch 1996 beibehalten: Die Ausgaben sollen nach dem jetzigen Haushaltsentwurf 2,60% des BIP erreichen. Daher werden Stimmen laut, insbesondere unter russischen Makroökonomern und Wirtschaftsstatistikern, ein ausgeglichener Staatshaushalt solle jetzt schon herbeigeführt werden.⁸

Selbst bei höheren volkswirtschaftlichen Schuldenquoten: So sehr dieses haushalts- und finanzpolitische Ziel lohnend erscheint, ein verfrühter Schritt in Richtung Defiziteliminierung würde einen recht hohen volkswirtschaftlichen, sozialen und nicht zuletzt politischen Preis fordern. Die russische Wirtschaft befindet sich in einer Umstrukturierungsphase, wobei zahlreiche Bereiche ohne ein unterstützendes und schützendes Eingreifen des Staates den Strukturwandel nicht schaffen würden. Die Gründe dafür sind vielfältig: unzureichende Flexibilität wegen eines zu hohen betrieblichen Zentralisationsgrads, technologi-

¹ Rossiiskaja gazeta, 7.10.1995, S. 2.

² Ebenda, S. 2.

³ Das Innenministerium sowie alle Einrichtungen für Verfassungs- und Staatsschutz und das Verteidigungsministerium.

⁴ Rossiiskaja gazeta, 7.10.1995, S. 2.

⁵ Finansovye izvestija, 17.10.1995, S. 2.

⁶ Finansovye izvestija, 17.10.1995, S. 2.

⁷ Russian Economic Trends 1995, a.a.O., S. 12

⁸ Finansovye izvestija, 17.10.1995, 2.

sche Rückständigkeit, ungünstige Unternehmens- und Erzeugnisstrukturen, mangelhaftes "human capital" in den Betrieben, Kommunikations- und Infrastrukturprobleme, Überschuldung u.v.a. Ferner ist festzustellen, daß der Wirtschaftsablauf kaum aus eigener Kraft in Gang gehalten werden kann bzw. daß ohne die finanzielle Unterstützung des Auslands die Geld- und Kapitalversorgung der Wirtschaft in Frage gestellt sind. Mehr noch, die von dieser Rolle ausgehenden Vertrauensimpulse in die Stabilitätsbemühungen der Behörden sind von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung. Bereits 1995 wurden die Inflationserwartungen nach der Ankündigung eines Stand-by-Kredits des IWF zur Teilfinanzierung des Haushaltsdefizits¹ radikal gebrochen, und eine nominale Rubelaufwertung setzte ein. Mitten in einer solchen Konsolidierungsphase die staatliche Nachfrage - in Form von zentralisierten Aufträgen an die Wirtschaft, Transferleistungen an verschiedene Beziehergruppen, Subventionen und Zuwendungen u.v.a. - noch mehr zu reduzieren, erscheint stabilitätspolitisch bedenklich. So könnten der Wirtschaftszyklus

¹ H.-H. Höhmann/Chr. Meier: Zwischen Neapel und Halifax: Die G7, Rußland und die Ukraine vor einem "Gipfel der Beseidenheit", in: Berichte des BIOst, Nr. 44/1995, S. 8. Sofort nach der Ankündigung des Kreditabkommens - im April 1995 - war die Zuwachsrate des Rubel-Dollar-Wechselkurses rückläufig, und im Mai wurde sie negativ (vgl. OECD Economic Surveys: The Russian Federation, Paris 1995, S. 45).

weiter geschwächt und die Rezessionsüberwindung hinausgezögert werden. Statt dessen sollten die Akzente weiterhin auf eine stetige Geldpolitik gesetzt werden.

Eine hinreichende und für die Wirtschaftssubjekte kalkulierbare Versorgung mit Geld würde eher die gewünschte makroökonomische Erholung mit sich bringen und von da aus, indirekt also, auch zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Für eine solche Politik scheint der Augenblick günstig zu sein, da die Geldmengenentwicklung haushaltsstabilisierend zu verlaufen scheint. Aufgrund des allmählichen Rückzugs der Zentralbank von Rußland aus der Kreditfinanzierung der Haushaltsdefizite im föderalen Haushalt haben sich die Kurvenverläufe der Entwicklung der Geldmenge $M2^1$ und der Inflationsrate sukzessive angeglichen. Zwar ist die Geldmenge in der ersten Jahreshälfte stärker gewachsen als das Preisniveau; die Zunahme ist jedoch hauptsächlich auf die außenwirtschaftliche Komponente zurückzuführen. Zwischen Februar und Juni 1995 sind nämlich die Bruttowährungsreserven des Landes (die Summe der Fremdwährungen zuzüglich kurzfristiger Passiva, hier in Form der bereits genannten IWF-Stand-by-Tranchen) von 2,1 auf 10 Milliarden US-Dollar gestiegen, genug, um zusammen mit den Goldreserven 70% der Geldbasis zu decken.² Das zusätzlich in den Umlauf gebrachte Geld ist nach Einschätzung der Regierung nachfragekonform und wirkt nicht inflatorisch, zumal die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes eine Tendenz der Stabilisierung aufweist.³ Auch 1996 kann davon ausgegangen werden, daß die Geldpolitik mit flankierenden Maßnahmen die fiskalische Konsolidierung unterstützen wird. Mittelfristig kann dann der gegenwärtige Austerity-Kurs (vorausgesetzt er wird gegen die zahlreichen Widerstände mittelfristig aufrecht erhalten) in der Finanzpolitik verlassen und in Zukunft auch ein konsequenter Defizitabbau, wie er jetzt schon gefordert wird, ins Auge gefaßt werden. Wie die internationale Erfahrung zeigt, bieten sich dafür längere Aufschwungsphasen als günstig an. Voraussetzung dafür sind jedoch in Rußland stabile politische Rahmenbedingungen, Schritte zur Stärkung des Vertrauens ausländischer Investoren und ein konsequenter Kurs des wirtschaftlichen Strukturwandels.

Ognian Hishow

¹ $M2$ Umfaßt in Rußland den Bargeldumlauf bei den Nichtbanken und die Einlagen (Sicht-, Termin- und Spareinlagen) bei den Kreditinstituten.

² Geldbasis: Bargeldumlauf zuzüglich Mindest- und Barreserve der Banken. Die Rate der Barreserve, eine freiwillige Sicherheitsentscheidung der Banken, ist mit z. Zt. rund 10% der Rubeleinlagen im internationalen Maßstab ungewöhnlich hoch.

³ Die russische Regierung geht davon aus, daß die geringere Umlaufgeschwindigkeit dem inflationsfördernden Effekt der Geldmengenerweiterung so entgegenwirkt, daß bei einem stagnierenden Inlandsprodukt die quantitätstheoretische Gleichung erfüllt ist (vgl. Russian Economic Trends 1995, a.a.O., S. 23 ff.).